

ZUKUNFT.



Dr. Ulrike Schneider
Mitglied des Stadtrats

Krumme Gasse 30
97421 Schweinfurt
Mobil 0173 -6513177
Tel. 09721| 738-0032
Fax 09721 | 738-6615

Presseinformation – Nein zum Haushalt

Schweinfurt, 12.11.2020

Schweinfurt. „An allen Großprojekten – vor allem an der Landesgartenschau - ungeachtet der desolaten städtischen Finanzlage festzuhalten, ist unverantwortlich“, so Stadträtin Ulrike Schneider. Sie wird den Haushaltsentwurf in der vorliegenden Form daher nicht mittragen. Eine Haltung, die von ihrer Initiative ZUKUNFT., der ödp und der Bayernpartei mitgetragen wird, die auf Nachhaltigkeit auch und gerade im städtischen Wirtschaften viel Wert legen. Mit dem drastischen Einbruch der Gewerbesteuer schon vor dem Corona-Jahr 2020 zeichnet sich mehr als deutlich ab, dass das geplante Investitionsprogramm von rund 180 Mio Euro nur durch Abschmelzen der Rücklage und Kreditaufnahmen in dreistelliger Höhe zu schultern sein wird.

Trennung von Pflicht und Kür

Vor diesem Hintergrund ist es um so wichtiger, zwischen Pflichtaufgaben und freiwilligen Leistungen zu trennen. Nicht alles, was wünschenswert ist, ist in Zukunft auch machbar. Vor allem die unnötigen Ausgaben für die LGS in Millionenhöhe werden von der Initiative ZUKUNFT. nach wie vor kritisch gesehen. Die Ziele der LGS, die Konversionsflächen zu entsiegeln, mehr Grünflächen zu schaffen und das städtische Klima zu verbessern sind auch ohne LGS und damit zu einem Bruchteil der Kosten zu erreichen. Die Verantwortlichen der Stadt sollten sich von Vernunft und nicht von einem für 2026 geplanten Event führen lassen. „Für so viel Eitelkeit haben wir schlicht kein Geld mehr in der Kasse“, so Schneider, die darauf hinweist, dass andere Großprojekte wie die Theatersanierung oder der etwas später anstehende Brückenneubau ohne einen hohen Invest einfach nicht umgesetzt werden können, was bei der Umgestaltung der Konversionsflächen eindeutig nicht der Fall sei.

Einseitige Kürzungen

Während die Zuschussanträge in den Bereichen Soziales, Sport und Kultur um 20% gekürzt werden sollen, was am Ende 60.000 Euro und damit nur etwa 0,025% des HH-Volumens ausmacht, nimmt der Stadtrat kritiklos hin, dass sich die Kosten der Landesgartenschau durch das Übersehen eines Kostenpunkts im Durchführungshaushalt mal eben um fast 400.000 Euro erhöhen, offensichtlich eine Bagatelle bei dem anstehenden Millioneninvest von 8 Mio Euro. „Solange mit derart ungleichen Maßstäben gemessen wird, kann man dem städtischen Haushalt nicht guten Gewissens zustimmen“, so Schneider kritisch.

Eigene Anträge für die Innenstadt

Angesichts der Haushaltslage wird die Initiative ZUKUNFT. keine neuen Anträge stellen, wohl aber an zwei Anliegen erinnern, die seit Monaten bzw. Jahren geschoben werden: die Aufwertung der Hohe Brückengasse (Planungen 2013) und die Begrünung der Nordfassade des Rückert-Centrums am Marienbach – beides Maßnahmen für eine Attraktivitätssteigerung der Innenstadt.

ZUKUNFT.



ödp